

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postlage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsseitigen 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Verlegung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771
Annahmehgebühr für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 21.

Dienstag, den 17. Februar 1925

18 Jahrgang.



Im Wald, in hellem Sonnenschein
Wenn alle Knospen springen,
Da möcht ich gerne mitteldrein
Eins singen
Wie mir zumut in Leid und Lust,
Im Wachen und im Träumen,
Das stimmt ich an aus voller Brust
Den Bäumen

Völkerbundskontrolle.

Der französische Delegierte beim Völkerbund, der bekannte Freund Herrlots, Paul Boncourt, hatte die öffentlichen Truppen an der Rheinbrücke warten würden, bis der Rat geschlossen ist, den Frankreich braucht, und er kündigt nunmehr offen an, daß Frankreich in den die Kontrolle des Völkerbundes und die Entmilitarisierung des Rheingebietes verlangen werde.

Bei der ersten Forderung stützt sich Frankreich auf den Artikel 213 des Versailler Vertrages, wonach Deutschland sich verpflichtet, jede Nachforschung über seinen Rüstungszustand zu dulden, die der Völkerbundsrat für notwendig erachtet. Die Kontrolle des Völkerbundes soll in Wirklichkeit treten, sobald die Internationalisierte Militärkommission ihre Aufgabe „erledigt“ hat. Inzwischen hat der Völkerbund bereits alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen, um sofort das ihm zuzuführende „Untersuchungsrecht“ über die Rüstungen Deutschlands ausüben zu können. Im Auftrag des Völkerbundsrats hat die ständige Militärkommission des Völkerbundes in Genf einen eigenen Organisationsplan ausgearbeitet, der die Bildung von vier „militärischen Nachforschungskommissionen des Völkerbundes“ in Deutschland, Desterreich, Bulgarien vorsieht. Die Präsidenten dieser Kommissionen sind neben dem Vorsitzenden des Völkerbundsrates ernannt worden. Zum Präsidenten der Nachforschungskommission in Deutschland ist der französische General Destier ernannt worden. Er ist die rechte Hand des Marschalls Foch, der Chef seines Stabes. Das sagt wohl genug.

„Entmilitarisierung des Rheinlandes“, so lautet die zweite Forderung, die Frankreich in Genf vorbringen will. Von der Berechtigung einer derartigen Forderung ist im Friedensvertrage von Versailles mit keinem Worte die Rede. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland dieser neuen französischen Forderung gegenüber alle Kräfte der Abwehr sammeln wird, daß es niemals zugibt und niemals zugeben kann, wenn unter dem Schlagwort „Entmilitarisierung“ das Rheinland in mehr oder minder offener Form von Deutschland abgetrennt und einem eigenen Regime unter französischer Führung unterstellt werden soll. Das Rheinland ist entmilitarisiert. Deutschland ist durch den Friedensvertrag von Versailles gezwungen, seine Westgrenze von militärischen Kräften entblößt zu lassen und sogar daran verhindert, dort gegen innere Gefahren, die jeden Augenblick wieder ausbrechen können, Teile der Reichswehr einzusetzen. Was Frankreich unter dem Schlagwort der Entmilitarisierung verlangt, ist in Wahrheit nichts anderes als die Militarisierung dieses Gebietes durch französische Hilfstruppen, die auch dann französische Hilfstruppen bleiben und als solche verwandt werden, wenn sie etwa als eine Art Gendarmarie des Völkerbundes eingesetzt worden sind.

Man kennt in Deutschland die Pläne Frankreichs und man wird gut tun, rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, um sie zu verhindern. Gerade die Veröffentlichung des Kontrollberichts wird dafür voraussetzlich manche zum mindesten moralische Handhabe bieten, denn ein in dieser Beziehung so unbedächtiger Zeuge, wie der „Matin“, muß zugeben, daß in dem Generalbericht nur einige wenige zweifelhaft festgestellte Verletzungen der Abrüstungsvorschriften enthalten sind. Die Einweisung der Rüstung auf eine solche Begründung hin ist also einseitigbenutzen ein ungeheures Unrecht, das Deutschland anzusetzen worden ist, und dies der Welt klarmachen, ist schon eine sehr wichtige Abwehrmaßnahme gegen das neue Unrecht, das uns von Paris aus droht.

Die deutsche Ostpolitik.

Kanzlerrede in Königsberg.

Die diesjährige deutsche Ostmesse in Königsberg wurde am Sonntag in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Luther und des Reichswirtschaftsministers Neuhaus feierlich eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Vohmeier ergriff Reichskanzler Dr. Luther das Wort zu einer Rede, in der er zunächst die Bedeutung der Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung für Ostpreußen und damit für das ganze Reich betonte. Dann führte er u. a. folgendes aus:

„Die allgemeine Lage Ostpreußens, das verarmt und von seinen Schwesterprovinzen und dem Mutterlande abgeschnitten wurde, kann auch von dem größten Optimisten nicht anders denn als außerordentlich schwierig bezeichnet werden. Der Binnenverkehrsverkehr durch das polnische Pomerellen liegt völlig darnieder, und auch der Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland vollzieht sich durchaus nicht reibungslos. Einige Strecken sind demnächst das in Danzig für den Fernverkehr eingeleitete Schiedsgericht beschaffen. Besonders schwierig sind ferner

die Verhältnisse an der Weichselmündung. Zwar hat das jüngste Abstimmungsresultat vom Juli 1920 bestätigt, daß das fließende Ostpreußen und der unterworfenen Teil Westpreußens deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Leider aber sind fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer mit dem Hafen von Kurzbrod Polen zugesprochen. Die Grenze, die bereits im Frühjahr 1922 festgelegt ist, verläuft so ungünstig, daß der Weichseldeich nicht weniger als viermal durchschnitten ist. Die vielfachen Proteste und jahrelangen Verhandlungen bezüglich der Grenzführung an der Weichsel haben einen wirklichen Erfolg leider nicht erzielt. Die Grenzen, an der Weichsel so geschaffenen Verhältnisse werden von der deutschen Regierung als im Widerspruch stehend mit dem Versailler Vertrage betrachtet.“

Der Kanzler wies dann auf die großen Gefahren hin, die sich aus der Durchbrechung des Reichsgrenzes durch die Grenze für die hinter den Reich liegenden Warthenerde ergeben und versicherte, daß die Reichsregierung bei jeder Gelegenheit den Versuch machen wird, auf die an dieser Stelle geschaffenen unnatürlichen Grenzverhältnisse aufmerksam zu machen und eine Vesserung mit allem Nachdruck erstreben werde.

Ostpreußen — die Brücke nach dem Osten.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet versprach der Reichskanzler alles zu tun, was möglich ist. Ostpreußen bildet, so sagte er, in so einzigartiger Weise ein Fort und eine Brücke nach dem Osten, daß es für seinen wirtschaftlichen Verkehr vor allem technische und vertragliche Sicherungen braucht. Die Reichsregierung ist sich stets der Notwendigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen bewußt geblieben und hat den ernsthaften Wunsch, daß es gelinge, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen

werden am 1. März beginnen. Die deutsche Regierung geht auch an diese Verhandlungen mit dem besten Willen heran. Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges ist selbstverständlich, daß Polen diesen guten Willen der deutschen Regierung nicht durch eine unfreundliche Haltung gegenüber den in Polen lebenden Deutschen beeinträchtigt. Gerade in diesen Tagen hat Deutschland eine Note nach Warschau richten müssen, in der es mit Bedauern feststellt, daß Polen die Ausweisung evangelischer Geistlicher trotz wiederholter deutscher Vorstellungen vornehme, ohne stichhaltige Gründe dafür auch nur anzudeuten.

Am Schluß seiner Rede versicherte der Reichskanzler bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Anzland und Polen, die auf der Grundlage der gegenseitigen allgemeinen Befähigung geführt werden, alles zu tun, um die Wünsche Ostpreußens, so weit es irgend möglich ist, durchzusetzen.

Die künftige Wirtschaftspolitik.

Minister Neuhaus über den Zolltarif.
Am Abend veranstaltete die Leitung des Reichsamtes einen Empfang für die Ehrengäste, an dem der Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus, der Deputypräsident von Ostpreußen sowie die Spitzen der Behörden und die zur Messe anreisenden Auslandsvertreter teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit gab Reichswirtschaftsminister Neuhaus einen Überblick über die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit den Dänen und leitete in diesem Zusammenhange

die Grundzüge der deutschen Zoll- und Handelsvertragspolitik dar.

Um den weiteren Handelsvertragsverhandlungen das Fundament zu schaffen, werde in der nächsten Zeit dem Reichstag die Zolltarifnovelle vorgehen. Es würde bedauerlich sein, wenn diese Vorlage zum Anlaß inneren politischen Streits genommen würde. Eine Zollvorlage könne nicht vom einseitigen Interessenstandpunkt beurteilt werden. Sie müsse einerseits so verfaßt sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige, und daß sie andererseits die Stellung unserer Handelsvertragsunterhändler bei den schwierigen Verhandlungen nachdrücklicher und wirksamer gestalte, als es der bestehende Zolltarif ermöglichte. Auch in der Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse deshalb die Grundlinie berücksichtigt werden, eine

Stärkung der stetigen Faktoren in der Wirtschaft

herbeizuführen, damit wir die kurzatmigen Konjunkturmellen überwinden und wieder eine planvolle Wirtschaftskalkulation im Handel und Gewerbe durchführen können.

Die deutsche Wirtschaft könne auf die Dauer nur gestärkt werden, wenn wir den hauptsächlichsten Faktoren unserer inneren Wirtschaft — und damit auch der Landwirtschaft — die Steigerung der Produktionswirtschaft zu sichern vermöchten. Um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, seien eine Vereinigung von unproduktiven Lasten, Verbesserungen der technischen und organisatorischen Einrichtungen, ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vollziehender Steuerumbau, eine wirtschaftliche Frachtpolitik, Zusammenfassung der öffentlichen Gelder in der Reichsbank, Förderung der Qualität der Arbeit und vor allem eine Gesundung der Wirtschaftsmoral Forderungen der Stunde. Die letzten Schlagen der im Kriege notwendigen Zwangswirtschaft müßten nunmehr ebenso notwendig wie endgültig beseitigt werden. Die Jahre der wirtschaftlichen Atempause seien zu nützen. Die Handelsvertragsverhandlungen müßten uns wieder Eingänge in die Welt verschaffen, damit wir die „mageren Jahre“ überwinden können.

In diesem Sinne begrüßte der Minister auch die ostpreussische Einrichtung der Ostmesse als eine fruchtbar Grundlauge unserer künftigen Wirtschaftspolitik zum Ausbau unseres Handels mit dem Osten.

Das Dortmunder Angliä.

Sämtliche Opfer geborgen.

Nach vielen Anstrengungen und nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten ist es den Rettungsmannschaften gelungen, sämtliche Opfer aus dem Schacht der Zeche „Minister Stein“ zu bergen. Im Laufe des Montags wurden die letzten Toten im „Hilf Jda“, die bisher noch nicht geborgen werden konnten, zu Tage gefördert.

Die Flaggen auf Halbmaß.

Das französische Büro für Zivilangelegenheiten in Bockum hat das Halbmaßflaggen der deutsch-republikantischen Fahnen (schwarz-rot-gold) gelegentlich der Besetzung der Opfer der Zeche „Minister Stein“ genehmigt. Aus dem gleichen Anlaß ist die Halbmaßhijung der preussischen Landesfarben und der Stadtflaggen gestattet, jedoch auch nur in Verbindung mit den republikantischen Farben.

Der Magistrat Berlin hat angeordnet, daß die städtischen Gebäude von Sonntag bis Dienstag während der Besetzung der Opfer der Ruhrzechenexplosion auf Grube „Minister Stein“ bei Dortmund halbmaß flaggen.

Zur Vinderung der ersten Not.

Zur Vinderung des Leides der Hinterbliebenen der beim Dortmunder Grubenunglück ums Leben gekommenen Vergleite veranstaltet der Deutsche Sparkassen- und Giroverband eine Sammlung unter dem ihm angeschlossenen Anstalten und Kassen. Bei der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe sind anlässlich der Dortmunder Grubenkatastrophe als erste Spenden eingegangen: von der Direktion der Disconto-Gesellschaft 10 000 Mark, von der Deutschen Bank 10 000 Mark, von der Dresdener Bank 10 000 Mark, von dem Banthaus Gebrüder Arnhold 5000 Mark.

Das amerikanische Zentralhilfskomitee wies das Hamburger Lagerhaus an, sofort 250 Küsten Nahrungsmittel im Werte von 2900 Dollars den

